

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 224/ 2021
Kiel, Montag, 9. August 2021

Wohnungsbau/VNW für mehr Klimaschutz

Jan Marcus Rossa: Keine Ideologisierung der Wohnungsbaupolitik

Zum Schreiben der norddeutschen Wohnungswirtschaft an Ministerpräsident Daniel Günther, in dem sie sich unter anderem für den Bau von Mehrstatt Einfamilienhäusern ausspricht, erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jan Marcus Rossa:

„Die Forderungen des VNW sind offenkundig interessengetrieben, steht dieser Verband doch für Wohnungsunternehmen, deren Geschäftsgegenstand die Vermietung von Wohnraum in Mehrfamilienhäusern ist. Die Forderungen nach mehr Mehrfamilienhäusern und die Nachverdichtung mögen für urbane Siedlungsstrukturen sinnvoll sein, passen aber in vielen ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins schlicht nicht zu unseren Dörfern, Ortschaften und Kleinstädten. Wir sollten uns davor hüten, wieder einmal Lösungsansätze für Großstädte zum Leitbild für das ganze Land zu machen.

Keine Frage ist, dass auch der Wohnungsbau seinen Beitrag zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit leisten muss. Noch wichtiger aber ist es, den Menschen in diesem Land ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen und genauso wichtig ist es, dass sich Menschen ihren Traum vom Eigenheim auch zukünftig erfüllen können. Deshalb gilt es, die Schaffung von Wohnraum nicht durch immer neue Auflagen und Vorgaben ständig zu verteuern. Hier müssen ein gesundes Maß und eine ganzheitliche Lösung gefunden werden. Deshalb werden wir keine Strategie verfolgen, die nur sehr einseitig individuelle Interessen einzelner Player in der Wohnungswirtschaft berücksichtigt und unter dem Vorwand des Klimaschutzes sich am Ende als Klientelpolitik erweisen wird. Für die Landespolitik muss im Vordergrund die Schaffung bezahlbaren Wohnraums stehen, sei es zur Miete, sei es als Eigentum für den Einzelnen. Wohnen ist für den Menschen essentiell und darf nicht aus ideologischen Gründen anderen politischen Zielen untergeordnet werden. Darin liegt die Schwäche des Vorstoßes des VNW.“